

Antrag

Bearbeitung: Claudia Burgdorf (E-Mail: claudia.burgdorf@luebeck.de Telefon: 122-1071)

Die Unabhängigen: Änderungsantrag zu VO/2018/06504 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN & DIE LINKE - Kurswechsel in der Wohnungspolitik

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Status	Zuständigkeit
27.09.2018	Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck	Öffentlich	zur Entscheidung

Antrag:

Punkt 1 der Vorlage VO/2018/06504 wird gestrichen und durch folgende Formulierung ersetzt:

1) Bei der Aufstellung von Bebauungsplänen in neu zu entwickelnden Wohngebieten ist sicherzustellen, dass neben der Sozialbauquote weitere 30% für Geschosswohnungsbau für preisgünstige Mietwohnungen (8,--€/qm) vorgesehen werden. Dabei sollen Gebiete, die diesem Anspruch genügen, vom Bürgermeister mit Priorität umgesetzt werden. Die sich bereits in Planung befindlichen Projekte der KWL am Bornkamp/Schärenweg (09.13.00) sowie am Waldsaum (06.12.00) sollen in 100% geförderten Geschosswohnungsbau umgeplant werden.

Über die Fortschritte der Umplanung und Bebauung ist der Bürgerschaft regelmäßig zu berichten.

Der Bürgermeister wird beauftragt, dem Bauausschuss im Januar 2019 zu berichten, welche städtischen Bauflächen von der Stadt selbst durch ihre Grundstücksgesellschaft Trave innerhalb der nächsten drei Jahre erschlossen werden könnten und welche Grundstücke in geplanten Wohngebieten für Bauvorhaben der Trave in Betracht kämen. Darüber hinaus ist zu berichten, welche städtischen Bauflächen durch die KWL innerhalb der nächsten drei Jahre erschlossen werden könnten, um vollerschlossene Baugrundstücke an private Bauherren, Bauträger oder Investoren veräußern zu können

Begründung:

Zur besseren Umsetzung der wohnungspolitischen Zielsetzungen der Hansestadt Lübeck, nämlich der Verbesserung des Wohnungsangebotes zur Abdeckung des konkreten lokalen Bedarfs, soll ein zu bestimmender Anteil an Mietwohnungen im Geschosswohnungsbau realisiert werden. Neben dem sozialen Wohnungsbau sollen zusätzlich preiswerte Mietwohnungen entstehen. Dabei ist aber auch eine stärkere Differenzierung der Wohnungsangebote in den einzelnen Quartieren zu beachten, um keine monotonen Siedlungsstrukturen zu erhalten.

Flächen im Eigentum der Stadt sollen nicht mehr vorrangig für Investorenplanungen weiter veräußert werden, sondern von der Stadt selbst durch ihre Gesellschaften erschlossen, ggf. bebaut und vermarktet werden..

Anlagen :

Vorsitzende/r
Fraktion Die Unabhängigen